

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

Gregor Hochreiter, 19.01.2007



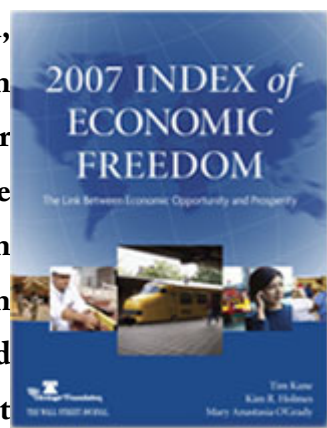
INSTITUT FÜR
Wertewirtschaft

- Diese Analyse wurde mit Sorgfalt verfaßt und bittet darum, *ausgedruckt* und in Ruhe gelesen zu werden. Sie bietet Ihnen im Gegenzug für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit wertvolle Anregungen und könnte sogar Ihr Leben verändern.
- Sie dürfen diese Analyse gerne an Interessierte weiterleiten; eine Veröffentlichung ist jedoch nur nach Rücksprache (info@wertewirtschaft.org) gestattet.
- Das Institut für Wertewirtschaft ist ein vollkommen unabhängiges Institut, das sich ausschließlich durch freiwillige Beiträge finanziert. Unsere Aufgabe ist es, die Krise der Gegenwart besser zu verstehen, die Grundlagen einer freien, friedlichen und prosperierenden Gesellschaft zu erarbeiten, dieses Wissen zu vermitteln, Orientierung zu bieten und Menschen dabei zu helfen, ein werteorientiertes und sinnerfülltes Leben zu führen, ohne dabei den heute dominanten Illusionen zu erliegen.

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

Alle Jahre wieder veröffentlicht die [Heritage Foundation](#), einer der weltweit größten Think Tanks, den „Index of Economic Freedom“ (IEF). (Download [hier](#)) Wie in den letzten Jahren stehen mit Hong Kong und Singapur die zwei asiatischen Stadtstaaten an der Spitze der Liste, gefolgt von den angelsächsischen Ländern Australien, USA und Neuseeland. Großbritannien liegt als erster europäischer Staat an der sechsten Stelle. Als erste kontinentaleuropäische Länder rangieren Luxemburg und die Schweiz auf den Plätzen sieben und acht. Deutschland findet sich auf Platz 19, Österreich erst auf Platz 25 wieder. Nahezu alle europäischen Staaten plazieren sich im Vorderfeld des IEF und wie schon in den vergangenen Jahren nehmen die Länder Afrikas die hinteren Plätze ein. Das Schlußlicht bilden – wenig überraschend – Kuba und Nordkorea.

Allerdings scheint die angewendete Methodologie, die im Vergleich zum Vorjahr leicht weiterentwickelt worden ist, die Ergebnisse



deutlich zu verzerren. Weniger hinsichtlich der Reihenfolge, als viel mehr hinsichtlich der absoluten Wertungshöhe und damit hinsichtlich der historischen Bewertung heutiger Wirtschaftssysteme. In die Berechnung des IEF fließen insgesamt 10 Subindikatoren zu gleichen Teilen ein. Anhand der beiden Subindikatoren „Monetäre Freiheit“ und „Schutz der Eigentumsrechte“ sollen die signifikanten Schwächen des IEF exemplarisch diskutiert werden.

„Monetäre Freiheit“: Die methodologischen Ausführungen zu diesem Subindikator eröffnen mit der korrekten Feststellung, wonach ohne monetäre Freiheit der Aufbau langfristiger Werte schwierig wäre. Doch schon in den nächsten Sätzen wird die monetaristische Ausrichtung der Studie offensichtlich. Es wäre Aufgabe der Geldpolitik, für stabile monetäre Verhältnisse zu sorgen und als Hüterin der Stabilität müsse die Zentralbank die Inflation bekämpfen. Unter Inflation wird jedoch nicht die Ausweitung der ungedeckten Geldmenge verstanden, sondern deren Folge, der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Da sich die von der Zentralbank verursachte Ausweitung der Geldmenge nicht sofort in einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus bemerkbar macht, besonders in Zeiten des technologischen Fortschritts und

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

der stärkeren Verflechtung des internationalen Handels, vermag die Konzentration auf die gemessene Inflationsrate die freiheitsfeindliche Inflationierung der Geldmenge nur ungenügend abzubilden. Die Diskrepanz zwischen den beiden Maßzahlen ist derzeit beträchtlich. So steigt die Geldmenge in den USA und Europa um knapp weniger als 10% pro Jahr, während die ausgewiesene Inflationsrate im Euroraum um die 2%, in den USA bei rund 3% lag.

Ökonomisch und freiheitstheoretisch abenteuerlich ist die dem Index zugrundeliegende Vorstellung, wonach eine von der Politik unabhängige Zentralbank dem Ideal von "monetärer Freiheit" entspräche. Die Autoren des Index stoßen sich kein bißchen daran, daß die Zentralbank als Monopolist die Geldversorgung der Bevölkerung nach eigenem Gutdünken vornehmen darf. Selbst wenn die Autoren der ökonomisch und freiheitstheoretisch nicht haltbaren Meinung anhängen, wonach es keine allgemein akzeptierte Theorie über den Charakter eines mit einer freien Gesellschaft kompatiblen Währungssystems gäbe, so ist es mehr als verwunderlich, daß die Monopolisierung der Geldversorgung nicht mit hohen Abschlägen bewertet wird. In typisch monetaristischer Manier gilt allein die Unabhängigkeit der Zentralbank als

entscheidendes Kriterium für den Freiheitsgrad der Geldversorgung. Daß die Besetzung der Leitungsgremien der Zentralbanken durchwegs von der Politik bestimmt wird, stört das technokratische Bild der an der Erstellung des IEF beteiligten Akademiker offensichtlich in keinster Weise.

Anders ist die hohe Punktevergabe nicht zu erklären. Japan, das in den vergangenen Jahren durch eine, von Monetaristen wie Neo-Keynesianern gleichermaßen befürworteten, Niedrigzinspolitik von Papiergeld nur so überschwemmt wurde, kommt auf stolze 92,0 Punkte. Als erstes Euroland nimmt Finnland mit 89,7 Punkten den 4. Platz ein, während die USA mit 83,8 Punkten nur auf Platz 19 liegen. Diese vergleichsweise niedrige Bewertung läßt sich auf die relativ hohe offizielle Inflationsrate von 3,1% zurückführen, die noch dazu in den letzten Jahren durch systematische Manipulationen sukzessive nach unten gedrückt wurde. Einen Hinweis auf diese Manipulation sucht man in der 408 Seiten dicken Studie vergebens.

Mit einer Gewichtung von 20% floß in diesen Subindikator das Ausmaß staatlicher Eingriffe in das Preissystem und in die Lohnverhandlungen ein. Die steigenden und sich verstetigenden

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

Arbeitslosenzahlen sind Ausdruck der strukturellen Nichträumung des Arbeitsmarktes, verursacht von Kollektiv- und Tarifverträgen, Mindestlöhnen und den hohen Sozialabgaben. Die administrative Preisregulierung bzw. der direkte Einfluß der Politik auf die Preisgestaltung staatsnaher Betriebe wie der Bahn und der Post, im öffentlichen Verkehr und in der Wasserversorgung, sind nur die Spitze eines Eisberges, der in den letzten Jahren an Umfang gewann denn an Substanz verlor. Seinen Klimax erreicht der staatliche Eingriff in das Preissystem wie bereits erwähnt in der Geldpolitik, denn die Fixierung des Zinssatzes – meist unterhalb des natürlichen Zinses – stellt nichts anderes als einen gesetzlich verordneten Höchstpreis dar. Wie die westlichen Wohlfahrtsstaaten 80 Punkte und mehr erreichen konnten, bleibt bei der sachlich-nüchternen Betrachtung der Regulierungsrealität ein ungelöstes Rätsel.

Und in den Wirtschaftsbereichen, die in den letzten Jahren privatisiert und liberalisiert wurden, wurden nahezu ausnahmslos neue staatliche Überwachungsbehörden mit Preisregulierungskompetenzen eingesetzt. Diese Regulierungsbehörden haben nicht nur einmal die Vertragsfreiheit der Unternehmen massiv beschränkt und selbst wenn sie von

diesem „Recht“ noch nicht Gebrauch gemacht haben, so schwebt das Damoklesschwert der staatlichen Preisregulierung über den Köpfen der Unternehmer.

Im Vergleich zum Status Quo glänzte das 19. Jahrhundert über weite Strecken mit weitaus geringeren Interventionismen in das Preissystem und auch die Geldpolitik war damals – trotz der ersten Gründungswelle von Zentralbanken – wesentlich freiheitsfreundlicher. Konnte der Goldstandard die staatliche Manipulation schon nicht vollständig unterbinden, so setzte er der Inflationierung doch enge Grenzen. Die meisten Staaten des 19. Jahrhunderts würden die heute in Führung liegenden Staaten um Längen abhängen, obwohl sie bei einer freiheitstheoretisch fundierten Methodik noch immer weit von der Höchstpunktezahl von 100 entfernt sein müßten.

Schutz der Eigentumsrechte: In seiner Grundausrichtung argumentiert der IEF utilitaristisch; größere wirtschaftliche Freiheit führe zu einem höheren materiellen Wohlstand. Aus dieser utilitaristischen Perspektive evaluieren die Studienautoren den Grad des Schutzes der Eigentumsrechte, wobei die Länge von Gerichtsverfahren, die Wahrscheinlichkeit der Enteignung, die

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

Unabhängigkeit der Rechtsprechung und die effektive Bestrafung unrechtmäßigen Eigentumserwerbs die wichtigsten Determinanten sind. Darüber hinaus findet die Korruptionsanfälligkeit der Behörden Eingang in die Bewertung.

Wie schneiden die westlichen Wohlfahrtsstaaten ab? Angesichts der ständig steigenden direkten wie indirekten Eingriffe in das Privateigentum – exemplarisch seien das elendslange Mietrechtsgesetz, die Ladenschlußzeiten, das angedachte und teilweise bereits implementierte Rauchverbot in Restaurants, das in Deutschland kürzlich verabschiedete „Anti-Diskriminierungsgesetz“, die Zwangsabgabe von neuen Publikationen an staatliche Bibliotheken, die Regulierungswut im Unternehmensbereich – Stichwort getrennte Toiletten –, ganz zu schweigen von den Eingriffen in das Bankgeheimnis und die zunehmenden Kapitalverkehrskontrollen – genannt, würde man bestenfalls eine Bewertung um die 50 Punkte erwarten. Weit gefehlt. Durch die Bank erhalten die westlichen Industriestaaten 90 von 100 möglichen Punkten.

Offensichtlich ist an den Autoren der schleichende Sozialismus des Wohlfahrtsstaates spurlos vorübergegangen. Zugegeben, kaum ein

Politiker im Westen droht heute mit der offenen Konfiskation von Privateigentum. Ein europäischer Hugo Chavez ist (noch) nicht in Sicht. Die Enteignung erfolgt heute viel subtiler. In kaum wahrnehmbaren Dosen beschneiden Politik und Bürokratie die Verfügungsgewalt des Eigentümers über sein Eigentum. Die revolutionären Kräfte des Kommunismus mögen gezähmt sein, die wesentlich gefährlichere schleichende Enteignung des Privateigentums – die sozialistische bzw. sozialdemokratische Variante des Marxismus – schreitet ungebremst und unwidersprochen voran. Für die Betroffenen macht es nur einen geringen Unterschied, ob die Enteignung gesetzlich gedeckt ist oder nicht. Im Zeitalter der Papiergesetzgebung ist ein entsprechendes Gesetz schnell beschlossen und der Anschein der Legalität bleibt gewahrt. Mit Eigentumsrechten im eigentlichen Sinne, die sich auf naturrechtliche Überlegungen stützen, haben die vom Staat verliehenen – den Sozialismus unserer Zeit widerspiegelnd beschreibt der Terminus "geliehen" den intellektuellen Mainstream eigentlich genauer – Eigentumsrechte wenig bis gar nichts gemein.

Wie oberflächlich die Studie den „Schutz der Eigentumsrechte“ untersucht hat, ergibt sich aus einer verknüpfenden Betrachtung

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

der beiden hier diskutierten Subindikatoren. Die Ausweitung der Geldmenge ist letzten Endes nichts anderes als eine klammheimliche Enteignung der Sparer und Gläubiger. Bei einer konservativ geschätzten Inflationierungsrate von 8% pro Jahr, erleiden die Sparer alle 9 Jahre einen 50% Wertverlust. Inflation ist Enteignung.

In Anbetracht der extrem hohen Bewertung der regulierungswütigen Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts, stellt sich die für eine profunde historische Beurteilung unumgängliche Frage, wie etwa das Römische Reich abschneiden würde. Schließlich waren dem Römischen Reich zumindest bis in das 2. Jahrhundert nach Christus Enteignungen, Preiskontrollen und andere Beschränkungen der Eigentumsrechte, wie umfassende Mietrechtsgesetze, fremd. Eine Wertung jenseits der Höchstgrenze von 100 Punkten wäre dem Römischen Reich wohl gewiß.

Resümee

Die streckenweise sehr zweifelhafte methodologische Grundlage der gewählten Indikatoren verzerrt die für die historische Einordnung notwendige *absolute* Aussagekraft des „Index of

Economic Freedom“. Diese Verzerrung trägt maßgeblich zu der weitverbreiteten Illusion bei, wir lebten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in der besten aller möglichen Welten. Insbesondere die Eingriffe in das Privateigentum und in der Geldpolitik werden von den neoklassischen Ökonomen systematisch unterschätzt. Die zur Verteidigung der gewählten Analysetechnik vorgebrachten Argumente halten einer konsequenten Analyse aus freiheitstheoretischer wie ökonomischer Perspektive nicht stand und es drängt sich ein wenig der Verdacht auf, daß es sich beim IEF um eine ex-post Rationalisierung des Interventionismus angelsächsischer Prägung handelt. Zur Verteidigung der Freiheit und des Wohlstands genügt es jedoch nicht als Einäugiger König unter den Blinden zu sein. Nur wer mit beiden Augen zu sehen imstande ist, kann die Welt, ja das Leben an sich, in all ihrer Schönheit wahrnehmen und sich vor (wirtschafts-)politischen Fehlschlüssen schützen.

Meine Ausführungen sollen keineswegs den Eindruck vermitteln, daß die relative Rangordnung der Länder hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Freiheit grundsätzlich anzuzweifeln wäre. Die Kritik richtet sich viel mehr gegen die absolute Höhe der Bewertungen gemessen an einer fundierten freiheitstheoretischen

Einige Gedanken zum „Index of Economic Freedom“

Methodologie. Die *relative* Reihenfolge hat nur insofern eine Bedeutung, als daß sie für kurzfristige Emigrations- und Investitionsentscheidungen als Richtschnur verwendet werden kann. Für eine langfristige Beurteilung sollte immer der *absolute* Zustand evaluiert werden, der sich nicht an zeitgeistigen Theorien Halbsehender orientiert, sondern an universell gültigen Richtlinien. An dieser Vorgabe scheitert der IEF mehr als kläglich. Mit seiner stark monetaristischen, sowie technokratisch-progressiven Schlagseite wirkt der IEF in der Öffentlichkeit eher kontraproduktiv, nährt er doch die hartnäckig vorherrschende Illusion, die immer stärker spürbar werdenden wirtschaftlichen wie politischen Verwerfungen seien dem *absolut* hohen Grad an wirtschaftlicher Freiheit geschuldet.

Falls diese Analyse wertvoll für Sie war, unterstützen Sie bitte die Arbeit des Instituts für Wertewirtschaft mit einer freien Spende auf

das Konto des Instituts bei der

Erste Bank, Österreich

Kontonummer: 28824799900, Bankleitzahl: 20111

IBAN: AT332011128824799900, BIC: GIBAATWW

Nähere Informationen: <http://wertewirtschaft.org/spende>

Unser Angebot

Wir hoffen, daß diese Analyse wertvoll für Sie war. Wir würden uns sehr freuen, von Ihnen zu hören und wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unser Angebot an Verwandte, Freunde, Bekannte, Mitarbeiter und Vorgesetzte weiterempfehlen würden. Das Institut für Wertewirtschaft bietet Unternehmen, NGOs, Institutionen, Universitäten und Privatpersonen folgende Dienstleistungen:

Seminare

- Seminare für Privatpersonen: <http://wertewirtschaft.org/seminare/>
- Mitarbeiterschulungen direkt in Ihrem Unternehmen/Verein. Auf Wunsch übernehmen wir auch die komplette Organisation eines externen Seminars. Themen: Wirtschaftsethik, Erfolg durch ökonomisches Denken, Werte & Sinn im Unternehmen, Unternehmertheorie, Nachhaltige Wertsicherung im Konjunkturzyklus, Dynamische Anreizanalyse (→ info@wertewirtschaft.org).
- Seminare für Studenten oder Schüler: Ob kompetente Lehre auf höchstem akademischem Niveau oder interaktive (auch kindergerechte) Einführung in die Ökonomie mittels innovativer Simulationen - bei uns sind Sie richtig (→ info@wertewirtschaft.org).

Vorträge

Wir bieten kompetente Vortragende zu folgenden Themen: Ökonomische Grundlagen / Wirtschaft wirklich verstehen, Werte & Sinn in der Wirtschaft, Wirtschaftsethik / CSR, Ethisches Investment, Vermögenssicherung in der Wirtschaftskrise, Konjunkturzyklus, Menschenbild in der Ökonomie, Ideengeschichte, Freiheit & Verantwortung, Unternehmertum, Österreichische Schule der Nationalökonomie, Ökonomie und Religion, Epistemologie / Wissenschaftstheorie, Risiken in Technologie und Wirtschaft, Bildungsfreiheit, Werteorientierte Bildung, aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Anfragen an: info@wertewirtschaft.org. Jeden 7. um 7 (monatlich um 19:00 Uhr, unabhängig vom Wochentag) findet in Wien ein Club für Wertewirtschaft mit aktuellen Vorträgen statt (→ <http://wertewirtschaft.org/club/>).

Projekte

Das Institut für Wertewirtschaft bietet interessierten Unternehmen die Möglichkeit, gemeinsame Projekte umzusetzen. Nützen Sie die Kompetenz des Instituts für den Aufbau wahrer Werte, die wertewirtschaftliche Überprüfung und Ausformung Ihrer Unternehmenskultur und werte- und sinnorientiertes Unternehmertum. Das Institut für Wertewirtschaft kombiniert ökonomisches und ethisches Know-how - keine halben Sachen, nicht bloß gute Intentionen und schon gar keine kurzfristige PR, sondern echte Werte und Sinn für Ihr Unternehmen und Ihre Mitarbeiter. Kontakt: info@wertewirtschaft.org.

Tutor

Ob Sie bloß gelegentliche Fragen haben oder vor einer großen Lebensentscheidung stehen; ob Sie bloß eine zweite Meinung einholen oder Ihren Lebensentwurf und Ihr Weltbild auf Stimmigkeit prüfen wollen: Wir stellen Ihnen gerne nach Möglichkeit einen persönlichen Tutor zu Ihrer Verfügung. Ihr Tutor hilft bei praktischen Lebensfragen, aber auch bei theoretischeren Fragestellungen, z.B. der Auseinandersetzung mit dem eigenen Weltbild: Ihr Tutor empfiehlt Ihnen Literatur, begleitet Sie bei schwieriger Lektüre, gibt Ihnen zahlreiche Anregungen zum Nachdenken und steht für persönliche Diskussionen zur Verfügung. Auch bei Seminar- und Diplomarbeiten ist ein Tutor eine wertvolle Hilfe.

- **Denkfutter:** Sie nennen uns ein Thema und wir liefern Ihnen Texte mit tiefeschürfenden, überraschenden, kontroversiellen, aufmunternden Denk-Anregungen. Ob zur Schärfung Ihres Intellekts aus persönlichem Interesse oder für akademische Arbeiten, Projekte, Veranstaltungen, Diskussionen, Unterricht ... (Kostenbeitrag: auf Anfrage).
- **Persönliches Gespräch:** Entweder Sie besuchen uns persönlich in Wien, laden uns zu sich ein oder wir führen ein Telefongespräch. Sie nennen uns zuvor die Themen, die Ihnen am Herzen liegen, sodaß sich Ihr Tutor vorbereiten kann. Auch eine schriftliche Nachbereitung bieten wir Ihnen an. (Kostenbeitrag: €30/Stunde)

- **Privatlehrer:** Für Kinder/Jugendliche bieten wir einfühlsame Hauslehrer - allerdings nicht zur Prüfungsvorbereitung, sondern zum gemeinsamen Entdecken von Wissen. (Kostenbeitrag: €20/Stunde)

Was Sie nicht erwartet: Es handelt sich weder um Psychotherapie oder Lebens-/ Sozialberatung, noch ein religiöses/ideologisches Angebot.

Publikationen

Die einfachste Möglichkeit, regelmäßig alle unsere Publikationen (Übersicht: [http:// wertewirtschaft.org/publikationen/](http://wertewirtschaft.org/publikationen/)) zu erhalten, ist eine Mitgliedschaft beim Institut für Wertewirtschaft (Nähere Informationen: [http:// wertewirtschaft.org/spende/](http://wertewirtschaft.org/spende/)):

- **5€ / Monat:** einfaches Mitglied, Abonnement unserer Publikationsreihe, Zusendung unserer Mitgliederschrift
- **10€ / Monat:** Förderndes Mitglied
- **25€ / Monat:** Gründer, Zusendung aller Publikationen, auch Buchtitel
- **50€ / Monat:** Fördernder Gründer

Institut für Wertewirtschaft
Alberichgasse 5/12, A-1150 Wien
Fax: +43 1 2533033 4733
Email: info@wertewirtschaft.org
<http://wertewirtschaft.org>